



#zeichensetzen

KPÖ & Unabhängige Linke/Levica
Programm zur Kärntner Landtagswahl 2018

#zeichensetzen...	
für Kärnten/Koroška	2
Arbeit	
Für ein gutes Leben vor der Pension!	3
Soziales	
Armut bekämpfen – Solidarität stärken!	4
Wohnen	
Die Wohnungen den Menschen!	5
Gesundheit und Pflege	
Schluss mit der Zweiklassenmedizin!	6
Bildung	
Freier Zugang zur besten Bildung!	7
Geschlechterpolitik	
Gleiche Chancen, gleicher Wert!	8
Klima, Umwelt- und Tierschutz	
Lebensgrundlagen für diese und die nächsten Generationen sichern!	9
Landwirtschaft und Tourismus	
Raus aus der Abhängigkeit von der Agrarindustrie!	10
Verkehr	
Doppelte Öffis zum halben Preis!	11
Wirtschaftspolitik	
Es ist genug für alle da!	12
Verteilungspolitik	
Für ein bedingungsloses Grundeinkommen!	13
Friedenspolitik und Neutralität	
Staatsvertrag und antifaschistische Verfassung umsetzen!	14
Asyl, Demokratie und Menschenrechte	
Für menschlichen Umgang mit Geflüchteten!	15
Teilhabe und Inklusion	
(Barriere)freie Entfaltung für alle!	16
Politisches System und Demokratie	
Teilhabe statt Ohnmacht!	17
Ausblick	
Für eine solidarische Gesellschaft!	18

#ZEICHENSETZEN...

FÜR KÄRNTEN/KOROŠKA

Kärnten ist ein landschaftlich schönes und kulturell vielfältiges Land, mit vielen herzlichen Menschen voller Ideen und Innovationskraft. Aber: Kärnten ist auch ein gespaltenes Land. Unglaublichem Reichtum einer kleinen Minderheit steht ein mittlerweile hoch verschuldetes Land gegenüber, auch als Folge langjähriger Korruption und deren fatalen Folgen. Große Teile der Bevölkerung sind zurecht enttäuscht über die unsoziale Entwicklung. Die Löhne stagnieren seit Jahren oder sinken, der Arbeitsdruck wächst, die Jobs werden unsicherer und schlechter. Mieten und Lebenshaltungskosten steigen, Sozialleistungen werden gekürzt, Rassismus wird salonfähig. Die globale Klimakatastrophe und Umweltzerstörung bedrohen auch unsere Lebensperspektive. Immer mehr Menschen müssen sich vor der Zukunft fürchten, viele wandern ab, das Land blutet aus.

Aber kann die Landespolitik etwas an diesen Zuständen ändern? Einiges, meinen wir. Doch dafür brauchen wir eine andere Politik. Eine Politik, die nicht den Reichtum von Wenigen begünstigt, sondern das Wohl von uns allen zum Ziel hat. Unser Wahlprogramm enthält Forderungen, mit denen wir diesem Ziel näher kommen wollen. Wir wenden uns damit an alle Wählerinnen und Wähler in Kärnten, die mit den herrschenden Zuständen nicht einverstanden sind, die enttäuscht sind über die Zerstörung sozialer Errungenschaften, und die besorgt sind über den Rechtstrend in der Gesellschaft. Die nach grundsätzlichen sozialen und solidarischen Alternativen suchen. Und die bei der Landtagswahl am 4. März 2018 ein klares, sichtbares

#zeichensetzen für:

- eine Alternative zum bestehenden System
- eine grundlegend andere Landespolitik
- eine solidarische Gesellschaft

ARBEIT

FÜR EIN GUTES LEBEN VOR DER PENSION!

Katarina ist eine stolze Frau, im Berufsleben fachlich kompetent; sie nimmt ihre Arbeit sehr ernst und bemüht sich. Aber die Anforderungen der Firmenleitung werden immer größer. Ihre Arbeit hat kein Ende, drängt Ihre Freizeit zurück. Sie hat zwei Kinder zu versorgen und den Haushalt. Mit dem Lohn kommt sie gerade so über die Runden. Darüber hinaus wird von ihr erwartet, dass sie sich mit der Firma identifiziert, die ihre Loyalität einfordert. Das frisst Körper und Seele. Sie fühlt sich überfordert, hat Angst, das Arbeitspensum nicht mehr erfüllen zu können, hat Angst krank zu werden, ihre Arbeit zu verlieren. Sie fühlt sich ohnmächtig und weiß nicht, was auf sie zukommt und wo ihr Leben noch stattfindet.

KPÖ & Unabhängige Linke/Levica treten für die gerechte Verteilung und Bezahlung von Arbeit ein.

Heute dient der technologische Fortschritt nicht dem Wohl der Menschen, sondern der Profitmaximierung. Statt mehr Freizeit bedeutet dies meist Intensivierung der Arbeit bis zum Umfallen für jene, die einen Job haben, während ein anderer Teil immer schwerer gut bezahlte Arbeit findet.

In Kärnten stehen knapp 30.000 Arbeitslosen und ebenso vielen geringfügig Beschäftigten 3.000 offene Stellen gegenüber. Gleichzeitig ist Kärnten reich an Jobs im Niedrig-Lohn-Bereich. Vor allem Frauen füllen dieses Lohnsegment und sie müssen neben dem Beruf meist noch unbezahlt im Haushalt arbeiten, Kinder betreuen und Angehörige pflegen. Jungen Menschen fehlt durch die Situation am Arbeitsmarkt oft jede Perspektive, sie wandern in andere Bundesländer ab. Eine grundlegend andere Sicht auf Arbeit ist notwendig. Wer sind die wirklichen Leistungsträger_innen in unserer Gesellschaft? Ist es der Immobilienspekulant, oder die Volksschullehrerin; der Investmentbanker oder die rumänische 24-Stunden-Pflegerin? Multinational vernetzte Unternehmen bieten auch in unserem Bundesland viele Arbeitsplätze, aber gleichzeitig birgt diese Abhängigkeit das Potential großer Unsicherheit. Fabriken, wie zuletzt Modine in Kötschach-Mauthen, werden geschlossen. Nicht weil sie unrentabel sind, sondern weil sich das Kapital woanders mehr Profit erwartet. Dieser internationale Standort-Wettbewerb übt zusätzlichen Leistungsdruck auf die Beschäftigten aus. Darum setzen wir auf die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, und setzen uns für gerechte Bezahlung und Verteilung von Arbeit ein.

Mit uns #zeichensetzen für:

- Neuverteilung der Arbeit: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und nicht der Arbeitslosen
- Mindestlohn von 1.750 Euro
- Verbindliche Einkommenshöchstgrenzen im staatlichen und staatsnahen Bereich
- Massive Erhöhung der Spitzensteuersätze bei Einkommen ab 500.000 € im Jahr
- Mindestens 700 Euro Lehrlingsentschädigung
- Schaffung eines Lehrlingseinstellungsgesetzes und eines Berufsausbildungsfonds

SOZIALES

ARMUT BEKÄMPFEN – SOLIDARITÄT STÄRKEN!

Hilde heizt ihre Wohnung nur, wenn Besuch kommt, zu teuer wäre das sonst, wo sich doch gerade noch Miete, Essen und ein wenig Süßes für die Enkel ausgehen. Alles ist so teuer geworden in letzter Zeit. Sie wird heuer 82, ist dreifache Mutter. Ihr Mann hat sie schon sehr früh verlassen. Sie hat als Sekretärin nebenbei gearbeitet. Ihre kleine Pension wird mit der Ausgleichszulage auf € 900,- aufgestockt. Wie soll sie die teuren Medikamente zahlen, wie ihre Wohnung? Von einer Öffi-Fahrkarte, der Teilnahme an Aktivitäten des Pensionistenvereins, oder einem Theaterbesuch kann sie nur träumen.

KPÖ & Unabhängige Linke/Levica treten für eine gerechte und solidarische Gesellschaft ein.

Wir leben in einem der reichsten Länder Europas. Die Millionenvermögen steigen, gleichzeitig aber auch die Armut. Über 80.000 Menschen in Kärnten haben kaum genug Geld zum Leben, während die Reichen immer reicher werden. Statt etwas dagegen zu tun, kürzt die Politik bei jenen, die Unterstützung brauchen. Sie spielt sogar jene, die am wenigsten haben, skrupellos gegeneinander aus. Mit rassistischer Stimmungsmache hetzt die herrschende Politik die von Armut Gefährdeten gegen Geflüchtete und Schutzsuchende auf.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der niemand Angst haben muss, auf der Strecke zu bleiben. Soziale Absicherung muss es für alle geben, egal wer sie sind und woher sie kommen. Armut muss bekämpft werden, nicht die Armen. Um die Ausbeutung von Menschen und die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen zu überwinden, muss das herrschende neoliberal-kapitalistische Wirtschaftssystem überwunden werden.

Bis zur Realisierung eines bedingungslosen Grundeinkommens (siehe Kapitel Verteilungspolitik, Seite 13)

mit uns **#zeichensetzen** für:

- Sofortige Erhöhung der Mindestpension auf 1.200 Euro, um der Altersarmut vorzubeugen
- Deutliche Erhöhung der Familienbeihilfe
- Bessere soziale Absicherung von Ein-Personen-Unternehmer_innen
- Soziale Absicherung und gerechte Löhne für Kunstschaffende und Kulturarbeitende, um eine vielfältige demokratische Kultur zu ermöglichen
- Sicherung und Ausbau des Umlagesystems und des Generationenvertrages zur Pensionsfinanzierung statt Zwang zur privaten Vorsorge
- Abschaffung staatlicher Zuschüsse zu privaten Pensionsversicherungsmodellen
- Bundeseinheitliche und repressionsfreie Grundsicherung vierzehnmal im Jahr unabhängig vom Partner- und Haushaltseinkommen
- Einführung der kostenlosen Energiegrundsicherung, damit Energiearmut unterbunden wird und keine Wohnung kalt und dunkel bleiben muss

WOHNEN

DIE WOHNUNGEN DEN MENSCHEN!

Andreas ist auf Wohnungssuche. Der Vermieter fragt nach Job, Lohnbestätigung, KSV-Auskunft, Familienstand, Kinder, Hobbys, Haustieren. Andreas wird es mulmig zumute; hat er doch vor Jahren mit seiner Ich-AG Insolvenz anmelden müssen, seitdem kämpft er gegen seine Schulden an. Und ja, Kinder hat er auch. Wohnen zwar bei der Mutter, aber so sollte es nicht bleiben. 600 Euro verlangt der Eigentümer für die Miete. Wird wohl wieder nichts werden mit der eigenen Wohnung!

KPÖ & Unabhängige Linke/Levica treten für Wohnbedingungen ein, die für alle leistbar sind.

Wohnen darf nicht arm machen! Die Kosten für Wohnraum steigen seit Jahren weit stärker als die Einkommen. Immer mehr Menschen können sich deshalb das Wohnen kaum noch leisten. Viele junge Menschen schaffen es erst gar nicht, von zu Hause auszuziehen. Anstatt leistbares, würdevolles und umweltfreundliches Wohnen für alle zu fördern, lässt die Politik zu, dass sogenannte Investoren mit dem Grundrecht auf Wohnen, auf Kosten der Vielen, spekulieren.

Wohnen ist für uns ein Grundrecht, und darf keine Ware sein. Darum sind wir strikt gegen die Privatisierung von öffentlichem Wohnbau. Nicht nur wegen der damit vielfach verbundenen Korruption, wie sie derzeit gerade gerichtlich abgehandelt wird, sondern weil wir eine grundlegend andere Wohnpolitik wollen. Eine, die sich an den Bedürfnissen der Bewohner_innen orientiert, anstatt an den Profiten von Investoren. Herzstück einer sozialen Wohnpolitik ist der öffentliche Wohnbau.

Mit uns #zeichensetzen für:

- Ausbau des kommunalen und öffentlichen Wohnbaus, keine Privatisierungen
- Einführung verbindlicher Obergrenzen für Mieten
- Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderung – Nein zur Spekulation mit öffentlichen Geldern!
- Bekämpfung von Diskriminierungen am Wohnungsmarkt – Wohnen ist ein Menschenrecht!
- Abschaffung befristeter Mietverträge (mit streng geregelten Ausnahmen)
- Abschaffung der Maklerprovision für Mieter_innen
- Kein Ausverkauf öffentlicher Liegenschaften, sondern Reservierung von Grundstücken für den Wohnbau durch die öffentliche Hand
- Einführung einer Leerstandsabgabe gegen Spekulation
- Einführung einer Zweitwohnsitzabgabe für »kalte Betten«
- Einführung eines Kautionsfonds nach Grazer Vorbild
- Demokratische Mitbestimmung in Mietwohnungen, Ausbau der Mieter_innenvertretungen

KPÖ & Unabhängige Linke/Levica unterstützen auch die Forderungen der parlamentarischen Bürger_inneninitiative der KPÖ »Wohnen darf nicht arm machen«.

GESUNDHEIT UND PFLEGE

SCHLUSS MIT DER ZWEIKLASSENMEDIZIN!

Julian hatte einen schweren Verkehrsunfall. Nach der Rehabilitation wurde er von seinem Arbeitgeber wegen Arbeitsunfähigkeit entlassen. Da er aus Sicht der Krankenkasse als geheilt gilt, muss er seine Therapien selbst bezahlen. Seine Frau musste ihren Job als Lehrerin kündigen und einen schlechter bezahlten annehmen, weil sie ihn täglich zu seinen Therapien fahren muss. Die Kasse will auch keinen Krankentransport mehr bezahlen, obwohl Julians Hirnschädigungen, laut gerichtlichem Gutachten, die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln nicht zulassen.

KPÖ & Unabhängige Linke/Levica treten für beste medizinische Versorgung für alle ein.

Eine gute und allen Menschen zugängliche öffentliche Gesundheitsversorgung ist ein elementarer Baustein sozialer Politik. In Österreich geht die Entwicklung derzeit jedoch in Richtung Zwei- bzw. Mehr-Klassen-Medizin: Wer sich, wie die meisten, keine Privatversicherung leisten kann, spürt, dass die Gesundheitsversorgung immer schlechter wird. Zu viele haben überhaupt keine Krankenversicherung. Die Wartezeiten werden länger, das Krankenhaus im Bezirk und die Arztpraxis im Ort schließen, der Arbeitsdruck auf die Beschäftigten im Pflege- und Gesundheitsbereich steigt enorm. Statt das Pflege- und Gesundheitswesen auszubauen und weiterzuentwickeln, wird es zunehmend dem Zugriff der profitorientierten Pharma- und Medizintechnik-Unternehmen geöffnet. Die Folgen sind Einsparungen beim Personal bis zum Burnout der im Gesundheitswesen Beschäftigten. Auch Gesundheit ist ein Menschenrecht. Unabhängig vom Kontostand müssen alle Zugang zum Gesundheitswesen und ein Recht auf menschenwürdige Betreuung haben. Das schließt auch die Entstigmatisierung von psychischen Krankheiten und einen neuen Umgang mit Sucht- und Drogenproblematiken ein.

Mit uns **#zeichensetzen** für:

- Zugang zu Gesundheitseinrichtungen für alle, keine Zweiklassenmedizin
- Medizinische Zentren im ländlichen Raum
- Abschaffung der Selbstbehalte – Selbstbehalte sind Steuern gegen Kranke
- Beibehaltung der umlagebasierten Finanzierung des Gesundheitswesens
- Ersatzlose Streichung der Höchstbeitragsgrundlage für Krankenversicherungsbeiträge
- Selbstverwaltung des Sozialversicherungssystems ausschließlich durch eine gewählte Arbeiter_innenvertretung
- Ausreichend Pflegekräfte und genug Zeit für menschenwürdige Betreuung, Senkung des geltenden Pflegeschlüssels
- Kostenloser und ausreichender Zugang zu psychotherapeutischer Versorgung
- Ausbau von Suchtbetreuung und Präventionsarbeit. Generelles Verbot des »kleinen Glücksspiels«, denn Sucht ist eine Krankheit
- Neuordnung der Drogenpolitik, kontrollierte Legalisierung von Cannabis
- Förderung genderspezifischer Gesundheitsprogramme
- Freien Zugang zu professioneller Ausbildung und gerechte Anstellungsverhältnisse für sämtliche Professionen im Gesundheitswesen

BILDUNG

FREIER ZUGANG ZUR BESTEN BILDUNG!

Dominik studiert in Wien. Trotz Stipendium musste er von Beginn an einen Nebenjob annehmen, um sich das Zimmer in der Wohngemeinschaft, die Ausgaben für Studienunterlagen, Arbeitsmaterialien und das Leben leisten zu können. Auch deswegen entwickelte sich sein Studienfortgang nicht wie geplant. Weil seine Eltern ihn nicht mehr unterstützen können, zieht er mit anderen in der Nacht seine Runden und klaubt aus den Mülltonnen der Supermärkte die unverdorbenen Lebensmittel heraus. Irgendwie ist das suboptimal, findet er.

KPÖ & Unabhängige Linke/Levica treten für ein Bildungswesen ohne soziale Schranken ein, ohne Angst und mit Spaß am Lernen.

Das öffentliche Bildungswesen wird von der Grundschule bis zur Universität zunehmend finanziell ausgehungert. Immer mehr junge Menschen leiden schon früh unter Leistungsdruck, konkurrenzbedingtem Mobbing und Existenzängsten. Engagierte Lehrende finden im überkommenen System wenig bis keine Unterstützung und werden bis zur Erschöpfung getrieben. Die Reichen weichen zunehmend auf private Elite-Schulen aus. Die derzeitige Bildungspolitik ist ein Hick-Hack auf den Rücken von Kindern, Jugendlichen, Auszubildenden und Lehrenden.

Schule, Universität und außerschulische Bildungsangebote sollen die freie Entfaltung aller Menschen und ihre Kritikfähigkeit fördern. Wir wollen ein Bildungswesen, das den heutigen Anforderungen der Vielsprachigkeit, kulturellen Vielfalt und medialen Vernetztheit gerecht wird, das Kooperation statt Konkurrenzverhalten fördert. Alle Menschen haben ein Recht auf gute Bildung, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft bzw. ihren finanziellen Möglichkeiten. Die Bildungseinrichtungen müssen neu aufgestellt, veraltete Modelle endlich weggeräumt werden. Die dafür notwendigen finanziellen, personellen und organisatorischen Ressourcen sind bereitzustellen.

Mit uns #zeichensetzen für:

- Gemeinsame Ganztagschulen – ohne Hausaufgaben – bis zum 14. Lebensjahr
- Kleinere Klassen, mehr Lehrpersonal, gesunde Mahlzeiten in den Schulen
- Massive Förderung der Schulbildung in beiden Landessprachen sowie generell der Mehrsprachigkeit in den Schulen und Entwicklung entsprechender didaktischer Konzepte
- Einbindung der emanzipatorischen Geschichte der Arbeiter-, der Friedens-, der feministischen und der antifaschistischen Widerstandsbewegung Österreichs in die Schulbücher bzw. in den Unterricht sämtlicher Schulstufen
- Gleiches Gehaltsschema für alle Pädagog_innen vom Kindergarten bis zur Oberstufe
- Sozialarbeit in den Schulen und ausreichende Ausstattung schulpsychologischer Dienste
- Bei Schulneubauten oder -renovierungen Schaffung von Arbeitsräumen und Büros für Lehrende, ebenso Räume für adäquate Bildungsarbeit abseits vom Frontalunterricht
- Ausbau und Förderung der – auch nicht kommerziellen – Erwachsenenbildung
- Freien Zugang zu Hochschulen ohne Studienplatzbeschränkung und Studiengebühren
- Ende des Sparprogramms in der Bildung. Erhaltung von Schulstandorten in der Fläche; Fusionierungen nur aus pädagogischen und nicht aus finanziellen Gründen

GESCHLECHTERPOLITIK

GLEICHE CHANCEN, GLEICHER WERT!

Margarethe ist 59 und sieht ihrer Pensionierung mit wenig Freude entgegen. Als Alleinerzieherin und trotz guter Ausbildung als Elektrikerin wurde sie in all den männerdominierten Firmen, in denen sie über vier Jahrzehnte gearbeitet hat, nie richtig akzeptiert. Ihr wurde als Frau nichts zugetraut, deshalb wurde sie nur als Hilfskraft mit geringem Lohn eingestellt. Und für ihre alltäglichen Probleme als Alleinerzieherin hatte keiner ihrer Arbeitgeber Verständnis ...

KPÖ & Unabhängige Linke/Levica treten für Gleichberechtigung und freie Entfaltung aller ein, unabhängig von Geschlecht oder sexueller Orientierung.

Viele Frauen verdienen in Österreich weniger als ihre männlichen Kollegen, sie haben schlechtere Aufstiegschancen und leisten den überwiegenden Teil der unbezahlten Arbeit. Immer noch müssen Frauen sowohl Erwerbsarbeit als auch Kindererziehung übernehmen. Teilzeitjobs und unsichere Arbeitsverhältnisse verschlimmern die Altersarmut und machen Frauen von Sozialleistungen sowie vom Partner abhängig. Viele Menschen werden durch veraltete Geschlechterrollen in ihrer Selbstbestimmung und ihrer Sexualität eingeschränkt. Bisher unbezahlte Pflege-, Haushalts- und Erziehungsarbeit muss nicht nur zwischen den Geschlechtern aufgeteilt, sondern auch entsprechend entlohnt werden. Berufe, die gerne von Frauen ausgeübt werden, brauchen gleiche Mindest- und Realgehälter wie männlich dominierte Berufe. Ein eigenständiges Leben muss für Frauen und Männer in jedem Alter möglich sein. Menschen müssen sich frei von geschlechtlichen Zuschreibungen und Orientierungen gleichberechtigt und selbstbestimmt begegnen können.

Mit uns #zeichensetzen für:

- Massive finanzielle Aufwertung von frauendominierten Berufen und bisher unbezahlter Pflege- und Reproduktionsarbeit
- Gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit
- Keine Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen, solange nicht gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit realisiert ist
- Sicherung des eigenständigen Lebens für Frauen und Männer in jedem Alter
- Ausbau und finanzielle Absicherung von Frauen- und Mädcheneinrichtungen: Frauenhäuser stärken, nicht schwächen
- Verbesserung und Ausbau des Aufklärungsunterrichts in den Schulen
- Frauenförderungs- und Diversitätsprogramme auf allen Ebenen der Gesellschaft
- 50-prozentige Frauenquote in Vorständen, Aufsichtsräten und im öffentlichen Dienst
- Einführung von geschlechtergerechter Budgetgestaltung (Gender Budgeting) im öffentlichen Bereich
- Beendigung der gesetzlichen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung
- Abtreibung raus aus dem Strafrecht, Gratis-Verhütungsmittel für alle

KPÖ & Unabhängige Linke/Levica unterstützt auch die Forderungen des Frauenvolksbegehrens: www.frauenvolksbegehren.at

KLIMA, UMWELT- UND TIERSCHUTZ

LEBENSGRUNDLAGEN FÜR DIESE UND DIE NÄCHSTEN GENERATIONEN SICHERN!

Mit ungefähr 50 weiteren Menschen müssen der Lavamünder Paul und seine Familie die Nacht in einer Notunterkunft verbringen. Während Öl und Unrat durch den Ort schwimmt, steht sein Haus meterhoch unter Wasser. Neben dem finanziellen Schaden fallen auch viele persönliche Gegenstände den Fluten zum Opfer, die keine Versicherung ersetzen kann. Der Klimawandel ist in Kärnten angekommen, mit Überschwemmungen nach Starkregen, Hagelstürmen oder Extremschneefällen, die Dächer abdecken, Stromleitungen zerstören und Bäume entwurzeln.

KPÖ & Unabhängige Linke/Levica treten für sofortige Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe und eine nachhaltige Veränderung der Produktions- und Energiepolitik ein. Die Klimakatastrophe ist eine der größten Bedrohungen für die Menschheit. Vor allem der wahnhaftige Zwang zur Profitmaximierung im Kapitalismus zerstört auf Dauer die Möglichkeit der Menschen und der Tiere, auf diesem Planeten zu überleben. Daran kann das Gerede über sogenannte „Greenjobs“ nichts ändern. Wer über den Kapitalismus nicht reden will, soll auch über die Klimakatastrophe schweigen. Auch die internationalen Klima-Abkommen bleiben folgenlos, solange sie nicht einklagbar sind. Jetzt schon leiden immer mehr Menschen unter der Umweltzerstörung aufgrund von Profitinteressen. Letztlich wird ein Systemwandel nötig sein, wenn wir die zerstörerischen Wirkungen des Klimawandels begrenzen wollen. Wir wollen schon jetzt etwas gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und unserer Lebensqualität unternehmen. Um die Ressourcen und Grundlagen der nächsten Generationen zu sichern, ist eine nachhaltige Veränderung der Produktions- und Konsumgesellschaft hin zu einer modernen und ökologischen Raumordnung, die Nahversorgung und Teilhabe für alle gewährleistet, nötig.

Mit uns #zeichensetzen für:

- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe statt Umweltzerstörung für Konzerninteressen
- Förderung der Sanierung großvolumiger Wohnbauten nach energetischen Kriterien
- Neubauten nur nach höchsten ökologischen Standards
- Ausbau CO₂-neutraler Energiegewinnung durch regionale Energiegenossenschaften
- Stopp der Bodenversiegelung; Renaturierung nicht mehr genutzter Gewerbe- und Industrieflächen
- Erhaltung der Artenvielfalt und eines adäquaten Lebensraumes für Wildtiere
- Artgerechte, ihren Bedürfnissen entsprechende Haltung von Nutz- und Haustieren

KPÖ & Unabhängige Linke/Levica unterstützen auch die Petition „Rett' ma die Schütt“:
www.change.org/p/gemeinderat-villach-rett-ma-die-schütt

LANDWIRTSCHAFT UND TOURISMUS

RAUS AUS DER ABHÄNGIGKEIT VON DER AGRARINDUSTRIE!

Stefanie ist Biobäuerin aus Leidenschaft. Das Wohlergehen ihrer Tiere, mehr als nur artgerechte Haltung, bewusster und nachhaltiger Umgang mit Ressourcen, der Umweltschutz, all das liegt ihr sehr am Herzen. Mit der Zeit wird aber der Druck ihrer Abnehmer, konzernartiger Unternehmen, die immer weniger bezahlen wollen, und die Existenzangst so groß, dass sie sich zu einer Umstellung auf konventionelle Haltung gezwungen sieht ...

KPÖ & Unabhängige Linke/Levica treten für eine ökologische und kleinteilige Landwirtschaft sowie sanften Tourismus ein.

Wir setzen auf biologische Landwirtschaft. Die Politik muss es kleinen bäuerlichen Betrieben ermöglichen hochwertig und nachhaltig zu produzieren und Selbst- oder genossenschaftliche Vertriebe fördern und entsprechende regionale Initiativen unterstützen. Bauern und Bäuerinnen mit dem, aus den 1,8 Mrd. der Agrarsubventionen finanzierten, Bauern- und Bäuerinnen-BGE (siehe Kapitel Verteilungspolitik, Seite 13) schnell aus der Abhängigkeit von der Agrarindustrie befreit werden.

Wir akzeptieren nicht, dass unsere Landschaft durch sogenannte „Tourismusattraktionen“ verschandelt, die Natur durch das Betreiben von Beschneiungsanlagen massiv belastet wird. Wer in ein Disneyland will, wird wohl auch dorthin und nicht nach Kärnten fahren. Die Stärken des Kärntner Tourismus liegen woanders: in unserer wunderschönen Natur, in der kulturellen und sprachlichen Vielfalt und in den Talenten der Bevölkerung. Diese gilt es qualitativ und schonend zu nutzen.

Mit uns **#zeichensetzen** für:

- Artgerechte, ihren Bedürfnissen entsprechende Haltung von Nutz- und Haustieren
- Transparenz bei der Produktion tierischer Produkte, europaweite Tierschutzstandards auf höchstem Niveau
- Bezahlung der Biozertifizierungen aus einem von der konventionellen Agrarindustrie gespeisten Fonds
- EU-Agrarförderung für nachhaltige und biologische Landwirtschaft anstelle von Agrarindustrie und Großgrundbesitz
- Verbot von Totalherbiziden wie Glyphosat sowie der für das Bienensterben verantwortlichen Neonicotinoide
- Ausrichtung des Tourismus auf die vorhandenen natürlichen und kulturellen Ressourcen Kärntens, anstatt auf Massen- und Eventtourismus

KPÖ & Unabhängige Linke/Levica unterstützen auch das Seenvolksbegehren:
www.seenvolksbegehren.at

VERKEHR

DOPPELTE ÖFFIS ZUM HALBEN PREIS!

Maria wohnt in einem kleinen Dorf. Auto kann und will sie sich keines leisten, daher nutzte sie bisher immer den Bus, wenn sie ins nächste Dorf oder die Stadt musste: zum Arzt, in die Apotheke, zum Friseur, ins Kino oder für Einkäufe. Mit dem neuen Fahrplan wurde die Busverbindung komplett eingestellt, da sie unrentabel war. Auf Rückfrage beim zuständigen Gemeindeamt teilte man ihr mit, dass sie ja mit dem Taxi fahren könne.

KPÖ Unabhängige Linke/Levica treten für einen leistbaren und attraktiven öffentlichen Verkehr und Kostenwahrheit beim Güterverkehr ein.

Die derzeitige Art der Verkehrsorganisation verursacht nicht nur einen wesentlichen Anteil am Klimawandel, sondern auch massive Kosten, die nicht von den Verursachern, sondern von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Bis zu 2.000,- € für eine Jahreskarte, 30 Minuten-Bus-Intervalle in der Landeshauptstadt und ausgedünnte Öffis am Land, aber auch die an Ortsrändern stehenden Einkaufszentren und damit verbundene tote Ortskerne sind keine Lösung, sondern Teil des Problems. Als erster Schritt ist ein radikaler Ausbau des öffentlichen Verkehrs erforderlich, da dieser das Rückgrat einer für alle Menschen verfügbaren Mobilität bilden muss. Darauf aufbauend müssen künftig auch alle Raumordnungsentscheidungen getroffen werden. Ergänzend sind sanfte Mobilitätsformen wie Radfahren, Fahrgemeinschaften und Carsharing mittels Elektromobilität zu fördern. Der Güterverkehr auf der Straße muss eingedämmt werden, indem für Transporte eine flächendeckende Maut in einer Höhe eingeführt wird, dass sich regionale Wirtschaftskreisläufe wieder lohnen und nicht das Importieren von Billigprodukten aus Niedriglohnländern subventioniert wird.

Mit uns **#zeichensetzen** für:

- Leistbare und attraktive Tarife, wie eine Jahreskarte um € 365,-, mit entsprechenden Vergünstigungen für finanziell Schwächere, wie Kinder, Jugendliche, Studierende und Pensionist_innen
- Schnellbahntakt generell nicht mehr als 40 Minuten, zwischen Klagenfurt und Villach 20 Minuten bis 23 Uhr, danach im Stundentakt
- Busse in und um alle Bezirkshauptstädte maximal im 15 Minuten-Takt bis 23 Uhr, danach im Stundentakt
- Massiv mehr öffentliche Verkehrsangebote auch in abgelegeneren Teilen des Landes
- Ausbau der Radwegenetze und Förderung der sanften Mobilität
- Eindämmung unnötiger Gütertransporte durch Herstellung der Kostenwahrheit für den LKW-Verkehr
- Ablehnung des vierten EU-Eisenbahnpakets, das den Bahnverkehr dem Zugriff privater Profiteure öffnet
- Überführung privatisierter Verkehrsinfrastruktur in öffentliches Eigentum
- Verkehrslenkende Maßnahmen durch Verkehrserregerabgaben
- Förderung und Zurverfügungstellung einer Software für nicht-kommerzielles genossenschaftliches Carsharing

WIRTSCHAFTSPOLITIK

ES IST GENUG FÜR ALLE DA!

Hans ist stolz auf seine Arbeit, er arbeitet hart, zahlt seine Steuern, lebt sein Familienleben. Er vertraut der Politik, lässt sich von Zusagen leiten: sichere Arbeitsplätze, Standortsicherung, Wettbewerbsfähigkeit. Er wählt Politiker, die von den Interessen des »kleinen Mannes« sprechen, obwohl er sich nicht klein fühlt. Und fällt aus allen Wolken, als der Betrieb, in dem er arbeitet, die Schließung verkündet. Trotz fetter Renditen. Trotz staatlicher Subventionen. Er ist entsetzt, so wie seine Kolleg_innen auch. In einer Gegend, wo es sonst nichts gibt. Wohin mit den Menschen? Er ist über 50. Er ahnt, was ihm blüht. Jetzt fühlt er sich tatsächlich klein.

KPÖ Unabhängige Linke/Levica treten für eine Gesellschaft ein, in der der von allen erwirtschaftete Reichtum solidarisch verteilt wird.

Das reichste Prozent der österreichischen Bevölkerung besitzt mehr als ein Drittel allen Vermögens, die ärmere Hälfte hingegen nur etwas über zwei Prozent. Unsere Gesellschaft ist in Klassen gespalten und diese Spaltung vertieft sich: Die Regierungspolitik ermöglicht den Superreichen, Banken und Konzernen Rekordprofite, während den meisten Menschen immer weniger bis zum Monatsende bleibt.

Es gibt genug Wohlstand, aber er wird nicht entsprechend den Bedürfnissen des Großteils der Bevölkerung verwendet. Die kleine Schicht der Superreichen hat Riesengewinne aus der gesellschaftlichen Arbeit der Vielen gezogen. Steuern auf hohe Vermögen sind überfällig – die Reichen müssen einen entschieden größeren Beitrag leisten! Der Reichtum, den wir alle schaffen, soll auch allen zugute kommen. Es muss Schluss sein mit dem europaweiten Sozialabbau, der der großen Mehrheit das Leben immer schwerer macht. Wir kämpfen für ein Wirtschaftssystem, in dem niemand unter Angst, Ausbeutung oder Ausgrenzung leiden muss.

Mit uns #zeichensetzen für:

- Angemessene Besteuerung der Millionenvermögen
- Besteuerung von Erbschaften ab einer halben Million Euro
- Bekämpfung von Steueroasen und der Steuerflucht der Konzerne
- Einführung einer Kapitaltransfersteuer
- Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur nachhaltigen Finanzierung des Sozialstaates
- Ablehnung von Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP, Ablehnung einer privaten Gerichtsbarkeit
- Schluss mit der europaweiten Kaputtsparpolitik, für ein soziales Europa
- Wasser ist unveräußerliches öffentliches Gut, jegliche Privatisierung muss unterbunden werden
- Rücknahme aller (Teil-)Privatisierungen von Energieversorgern oder Energieunternehmen
- Vom Staat gerettete Unternehmen sind in öffentliches Eigentum zu überführen

VERTEILUNGSPOLITIK

FÜR EIN BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN!

Mirjam ist Künstlerin. Eine Begabung, es ist in ihr drin und muss raus. Sie lebt sehr prekär, in einer WG. Jobt einmal da und einmal dort. Denn sie braucht Zeit. Kunst geht nicht mit Wecker. Sie ist jung, noch nicht am Markt angekommen, sagt man, denn das muss man sich verdienen. Ist so eine Sache mit dem Verdienen. Dabei ist Kunst wichtig, hält der Gesellschaft den Spiegel vor. Wenn man will. Und Materialien braucht sie auch. Die sind teuer. Ein Bedingungsloses Grundeinkommen für alle, das wär's, denkt sie. Da wäre der Kopf frei, hätte Raum, dann könnte sie sich entfalten und verwirklichen, und so ihren Beitrag leisten für die Gesellschaft. Und obendrauf kein schlechtes Gewissen haben, denn es wäre ja für alle, bedingungslos.

KPÖ Unabhängige Linke/Levica treten für die Einführung eines existenzsichernden bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) ein.

Mehr als genug Güter werden produziert, um die Grundbedürfnisse aller Menschen hierzulande zu befriedigen. Ein Drittel der Lebensmittel wird gar auf den Müll geworfen, technische Produkte werden nicht bis zum Ende ihrer Lebenszeit benutzt, sondern durch neue Modelle ausgetauscht. Und das alles - auf Grund des technologischen Fortschritts - mit immer weniger Einsatz an menschlicher Arbeitskraft. Die Leistbarkeit eines existenzsichernden Grundeinkommens steht somit außer Frage. Und auch die Notwendigkeit, denn auf jede im Erwerbsektor erarbeitete Stunde kommen ein bis zwei Stunden jenseits des Erwerbsektors. Die Digitalisierung und Roboterisierung wird in unserem System zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen benutzt, die Massenarbeitslosigkeit wird zunehmen. Aus all diesen Gründen ist das bedingungslose Grundeinkommen kein Almosen, sondern eine notwendige Entkoppelung von Lohnarbeit und Einkommen, eine Aufwertung des gesamten Arbeitsspektrums und des Beitrags aller Menschen zur Gestaltung der Gesellschaft und zu ihrer Kreativität, sowie eine grundlegende Maßnahme gegen die Verarmung immer weiterer Schichten der Bevölkerung.

Mit uns **#zeichensetzen** für:

- Die Realisierung eines existenzsichernden bedingungslosen Grundeinkommens für alle
- Die rasche Einführung einer Modellregion in Kärnten mit wissenschaftlicher Begleitung zu den Auswirkungen eines Grundeinkommens
- Den sofortigen Ersatz der derzeit mickrigen Kinderbeihilfe und der Steuervorteile für besserverdienende Eltern durch ein Kinder- und Jugendlichen-BGE in der Höhe von € 600,- bis zum 16. Lebensjahr und € 1.200,- ab dem 16. Lebensjahr
- Die sofortige Einführung eines Pensionist_innen-BGEs in der Höhe von € 1.200,- zusätzlich zu einem Anteil der bisherigen ASVG-Pension, so dass alle, die bisher bis € 1.800,- erhalten, besser aussteigen und niemand schlechter gestellt wird
- Die Umlage der 1,8 Mrd. Agrarförderung auf ein Bauern- und Bäuerinnen-BGE
- Ein Menschenbild, dass von einem eigenmotivierten, aus innerem Antrieb schaffenden Menschen ausgeht

FRIEDENSPOLITIK UND NEUTRALITÄT

STAATSVERTRAG UND ANTIFASCHISTISCHE VERFASSUNG UMSETZEN!

Helena ist 95 Jahre alt, ist Slowenin und hat den Krieg als Kind miterlebt. Sie wurde mit ihrer Familie nach Deutschland deportiert und schon als Kind zur Zwangsarbeit verpflichtet. Vom Krieg traumatisiert war sie jahrzehntelang in psychischer Behandlung. Die Neutralität, die antifaschistischen Bestimmungen im Staatsvertrag und die aktive Friedenspolitik gaben ihr Halt und Sicherheit. Heute versteht sie die Welt nicht mehr, ein rechtsextremer und demokratiefeindlicher Burschenschaftler-Klüngel greift nach der Macht im Staat. Sie fürchtet um ihre Enkel und Urenkel und die Albträume kehren zurück.

KPÖ & Unabhängige Linke/Levica treten für Neutralität, Achtung der verfassungsmäßigen Minderheitenschutzbestimmungen und eine aktive Friedenspolitik ein.

Der neutralitätspolitische Status Österreichs ist eine wichtige friedenspolitische Errungenschaft. Die Parlamentsparteien behandeln aber die Neutralität als Thema in Sonntagsreden und binden uns ansonsten durch Kooperationen immer unverhohlener an die NATO. Auf diese Weise unterstützt die Bundesregierung gegen den Willen der Bevölkerung indirekt Kriege. Es gibt wieder eine stärkere Militarisierung in Europa, Polizeiaufgaben und Militäraufgaben werden auch bei uns – gegen jede geschichtliche Erfahrung – zunehmend wieder vermischt, zudem verschafft sich jetzt die deutschnationale und extreme Rechte über die Regierungsbeteiligung Zugriff auf Polizei und Geheimdienste. Das ist eine Gefahr für die Demokratie.

Kärnten ist alljährlich Arena für ein Treffen kroatischer Ustascha-Verherrlicher. Dieser sogenannte »Bleiburger Ehrenzug« ist laut Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands das größte Neonazi-Treffen in Europa und widerspricht fundamental dem antifaschistischen Auftrag des Österreichischen Staatsvertrags von 1955.

Mit uns **#zeichensetzen** für:

- Sofortige Einstellung sämtlicher Kooperationen mit NATO-Einrichtungen und der Beteiligung an NATO-Einsätzen
- Eine friedensstiftende Außen- und Sicherheitspolitik, eine aktive Neutralitätspolitik
- Abrüstung des Bundesheers und Umbau zu einer Zivilschutzorganisation
- Investitionen in friedenschaffende Maßnahmen im In- und Ausland – mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit
- Stopp aller Waffenexporte
- Ablehnung aller Durchfahrten, Überflüge und Militärtransporte durch Österreich sowie von Übungen von Armeen anderer Staaten auf österreichischem Boden
- Beendigung der Übernahme von polizeilichen Aufgaben im Inland durch das Bundesheer
- Menschenrechtskonforme Behandlung von Rekrut_innen und Stärkung der Rechte von Soldatenvertreter_innen
- Bessere parlamentarische Überwachung der Geheimdienste
- Sofortiges Verbot des Ustascha- & Nazi-Treffens in Bleiburg/Pliberk

ASYL, DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE FÜR MENSCHLICHEN UMGANG MIT GEFLÜCHTETEN!

Mario ist grade erst ein paar Tage alt. Er schreit Tag und Nacht. Seine Eltern sind von Syrien nach Österreich geflüchtet. Er kam in einem österreichischen Krankenhaus auf die Welt. Die Eltern machen sich Sorgen. Aber da Mario noch keine E-Card hat, können die Eltern mit ihm nicht zum Arzt. Was Mario fehlte? Er schrie vor Hunger, die Muttermilch war zu wenig nahrhaft. Glücklicherweise war wenigstens ein Arzt solidarisch genug, um unbürokratisch Hilfe zu leisten.

KPÖ & Unabhängige Linke/Levica treten für Menschenrechte und die Stärkung der Demokratie ein.

Der Abbau sozialer Errungenschaften geht einher mit der Einschränkung der Demokratie. Wichtige Grundrechte werden ausgehöhlt und abgebaut – etwa das Menschenrecht auf Asyl. Menschen auf der Flucht werden als Feindbild dargestellt und damit eine Mauer aufgebaut, hinter der letztlich unsere eigenen Rechte begraben werden. Der Tod von flüchtenden Menschen wird in Kauf genommen, rassistische Politik wird gestärkt, den Bürger_innen werden ihre Rechte gekürzt. Gleichzeitig läuft unter dem Schlagwort der »Sicherheitspolitik« ein europaweiter Prozess der Totalüberwachung von uns allen ab, die letztlich den gläsernen Menschen zum Ziel hat und nie dagewesenen Missbrauch von Daten und Manipulation von Bedürfnissen ermöglicht.

Wir wollen ein solidarisches, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen. Die Angriffe gegen Schutzsuchende sind Angriffe gegen uns alle. Wir wollen uns frei ausdrücken und bewegen, anstatt gegeneinander ausgespielt zu werden. Für alle, die hier leben gelten dieselben Gesetze, egal ob reich oder arm. Deswegen sollen auch alle in den Genuss aller Sozial- und Bürger_innenrechte kommen.

Mit uns #zeichensetzen für:

- Wahrung des Rechts auf Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit
- Schluss mit dem Ausbau des Überwachungsstaates und der Einschränkung unserer Freiheitsrechte
- Wahrung des Menschenrechts auf Asyl – Flucht ist kein Verbrechen! Klare Ablehnung der Beschränkung der Menschenrechte durch „Obergrenzen“-Diskussionen und andere demagogische Einfälle
- Stärkere Förderung von ehrenamtlichen Initiativen im Asylbereich
- Bekämpfung der Fluchtursachen, nicht der Schutzsuchenden: Schluss mit der Stützung von Despoten-Regimen und der wirtschaftlichen Verheerung regionaler Wirtschaftskreisläufe durch die EU-Wirtschaftspolitik
- Abschaffung des Amtsgeheimnisses, mehr Transparenz für alle Bürger_innen
- Ausbau von Diskriminierungsschutz und Beratungsstellen gegen Rassismus, Faschismus, Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus
- Wohnbürgerschaft und Wahlrecht für alle, die ihren Lebensmittelpunkt seit mehr als drei Jahren in Österreich haben

TEILHABE UND INKLUSION

(BARRIERE)FREIE ENTFALTUNG FÜR ALLE!

Max ist anders, sagen viele, die ihn sehen. Außerdem sitzt er im Rollstuhl. Er bringt zu wenig Leistung für den ersten Arbeitsmarkt, sagen die einen. Er braucht zu viel Unterstützung sagen die anderen. Seine Eltern, Schulkolleg_innen und Freund_innen sagen, er bringt sie jeden Tag zum Lächeln und sie lernen von ihm, die Welt aus einer anderen Perspektive zu sehen. Er zeigt Ihnen, die wirklich wichtigen Dinge im Leben, abseits von Leistungsdruck, Konkurrenzkampf und Beschleunigung. Max ist hilfsbereit, geduldig und warmherzig und ist bei allem, was er macht, mit dem Herzen dabei.

KPÖ Unabhängige Linke/Levica treten für eine Gesellschaft ein, in der sich alle Menschen in ihrer Vielfalt und Individualität frei entfalten können.

Für viele Menschen ist Ausgrenzung in unserer Gesellschaft leider Alltag. Sie werden in ihrer Freiheit durch zahlreiche Barrieren eingeschränkt. Daher treten wir gegen jede Form der Menschenfeindlichkeit, Ausgrenzung und paternalistischen Bevormundung auf.

Bewusstseinsarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen, volle rechtliche Gleichstellung aller Menschen und die strenge Anwendung von Antidiskriminierungsgesetzen ist unerlässlich. Menschen mit Beeinträchtigungen müssen ohne Einschränkung am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Die Würde des Menschen muss in allen Belangen an vorderster Stelle stehen.

Das Ziel ist die umfassende Emanzipation aller Menschen von erniedrigenden und bedrückenden Verhältnissen aller Art und die damit verbundene Selbst-Ermächtigung der Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Mit uns #zeichensetzen für:

- Ein Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz, das einklagbare Rechte einschließt
- Ausbau der Freizeitassistenz, Ermöglichung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Menschen mit Beeinträchtigung
- Präventions- und Aufklärungsarbeit in Gewerkschaften und Schulen mit Hilfestellungen für Betroffene vor Ort
- Höheres Tempo bei der Herstellung von Barrierefreiheit in allen Bereichen
- Abschaffung von Sonderschulen und Großheimen
- Arbeits-, Studien- und Wohngarantien
- Förderung von Inklusion und Selbst-Ermächtigung

KPÖ & Unabhängige Linke/Levica unterstützen den folgenden Leitsatz des „Independent Living Movement“ (Bewegung für ein unabhängiges Leben): „Nothing about us without us!“

POLITISCHES SYSTEM UND DEMOKRATIE

TEILHABE STATT OHNMACHT!

Christina: „Ich bin immer zur Wahl gegangen. Von wegen demokratisch. Hab die einen gewählt, dann aus Protest die anderen. Und dann das geringere Übel. Taktisch, sehr schlau. Immer in der Hoffnung, das Richtige zu tun. Aber sie kommen schleichend, die Veränderungen. Bis man merkt, der Schulterschluss, da bin nicht ich gemeint. Sondern die Gewählten und die Mächtigen. Und jetzt: eine Regierung, die es laut Verfassung nicht geben dürfte. Verschrieben dem Sozialabbau. Es tut weh. Mit meiner Stimme habe ich zugestimmt. Habe sie so richtig abgegeben, ohne Einfluss darauf, wo sie hingegangen ist. Habe nichts mehr zu verschenken. Will denen meine Zustimmung entziehen. Will ein Zeichen setzen für Solidarität mit Menschen, die für Widerstand stehen, für soziale Umverteilung, gegen Verhetzung. Diesmal wird meine Stimme nicht verloren sein, und wenn noch so klein: sie wird sichtbar sein.“

KPÖ & Unabhängige Linke/Levica treten für die Änderung der Grundlagen des Politikmachens ein.

Immer mehr Menschen fühlen sich in den bestehenden politischen Strukturen als Fremde. Sie wollen mit Politik nichts zu tun haben. Sie gehen nicht zur Wahl, weil ihnen ihre Lebenssituation keine Wahl lässt. Arbeitslosigkeit, existenzielle Unsicherheit oder Druck am Arbeitsplatz relativieren den Glauben, an dieser Demokratie mittels Wahlen etwas ändern zu können.

Im Hamsterrad der herrschenden Politik und Produktionsweise kommen wir auch in hundert Jahren nicht zu einer sozial gerechten Gesellschaft. Deshalb macht es auch keinen Sinn, den Kapitalismus zu optimieren, ihm ein menschliches Antlitz geben zu wollen. Die herrschenden Eigentumsverhältnisse sind von Menschen gemacht, und daher können wir Menschen sie auch wieder ändern. Wir wollen jenen Menschen politische Heimat sein, die gesellschaftliche Verhältnisse jenseits der herrschenden Menschenverwurstungsmaschinerie denken und entwickeln wollen.

Mit uns #zeichensetzen für:

- Ausbau der parlamentarischen Demokratie hin zu partizipativ-demokratischen Strukturen
- Für ein konsequentes Verhältniswahlrecht, weg mit der Grundmandatshürde - Kärnten soll ein einziger Wahlkreis werden
- Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung; verpflichtende Wahl eines Betriebsrates ab zehn Beschäftigten.
- Stärkung der Gemeinde-Autonomie und Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaften
- Halbierung der Parteienförderungen und die Begrenzung von Firmen- und Privatpenden
- Beschränkung der Bezüge von politischen Mandatsträger_innen auf die Höhe eines Durchschnittseinkommens, wie das hauptberufliche Politiker_innen der KPÖ in der Steiermark seit Jahren praktizieren.

Auch die Kandidat_innen von KPÖ & Unabhängige Linke/Levica verpflichten sich im Fall eines Einzugs in den Kärntner Landtag dazu, den € 2.300,- überschreitenden Teil der Gehälter für soziale Zwecke, Sozialfonds und gemeinnützige Projekte zur Verfügung stellen.

AUSBLICK

FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT!

Nichts muss so bleiben, wie es ist: Menschenwürde, Frieden, Gleichheit und Solidarität sind kein unerfüllbarer Traum. Nicht Anpassung an das kapitalistische System ist geboten, sondern Widerrede und das Aufzeigen von Alternativen. Wir kämpfen für eine Zukunft ohne Ausbeutung, Angst und Ausgrenzung. Für eine Welt des Friedens, der Gerechtigkeit und des guten Lebens. Wir wollen eine Welt, in der die Menschen nicht Angst haben müssen – weder vor unbezahlten Rechnungen noch vor Arbeits- oder Perspektivenlosigkeit für die eigenen Kinder.

Eine solche bessere Zukunft fällt nicht vom Himmel. Sie entsteht auch nicht aus einem Wahlprogramm. Unsere Forderungen sind erste Schritte, denen Taten folgen müssen. Was wir brauchen, ist ein grundlegender Kurswechsel – im Land, im Bund und in Europa. Wir wollen große Fragen stellen und Themen ansprechen, die alle anderen Parteien nach den Wahlen gerne unter den Tisch fallen lassen. Wir orientieren uns an den alltäglichen Problemen der Menschen und wollen diese gemeinsam lösen.

Wir treten an, um all jenen Kärntnerinnen und Kärntnern, die genug davon haben, dass die etablierten Landtagsparteien nur ein immer kaputteres System verwalten, die Möglichkeit zu geben, ein klares, unmissverständliches Zeichen zu setzen:

- für eine solidarische Gesellschaft,
- gegen rassistische Hetze und Ausgrenzung,
- für soziale und demokratische Rechte,
- gegen die zerstörerische Profitlogik des real existierenden Kapitalismus,
- für eine grundlegend andere Landespolitik im kulturell vielfältigen Kärnten,
- gegen den Rechtstrend, den Deutschnationalismus und die Entdemokratisierung,
- für eine Alternative zum bestehenden System.

#zeichensetzen:

am 4. März 2018 KPÖ & Unabhängige Linke/Levica wählen!

Impressum:

KPÖ Kärnten/ Koroška

Kommunistische Partei Österreichs

und unabhängige Linke/Levica

Südbahngürtel 24

9020 Klagenfurt am Wörthersee

www.kaernten.kpoe.at

Mail: kaernten@kpoe.at

Handy: +43 677 6245 7306

Facebook: [@kpoekaernten](#), [@KPOELevica](#)

Twitter: [@KpoeKtn](#)